Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 36 (1944)

Heft: 6

Artikel: Erhöhung der Kaufkraft

Autor: Feld, Wilhelm

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-353162

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Neufassung der Wirtschaftsartikel zusammenarbeiten, um eine Lösung zu erreichen, welche der Masse des arbeitenden Volkes zu Stadt und Land und damit unserem Volke überhaupt dient!

Erhöhung der Kaufkraft.

Von Dr. Wilhelm Feld.

Seit Jahrzehnten streiten sich die Nationalökonomen über die Ursachen der Krisen, die immer wieder und scheinbar unvermeidlich unsere kapitalistische Wirtschaft periodisch befallen. Besonders stehen sich die Theorien der Ueberkapitalisation und der Unterkonsumtion gegenüber. Die Wissenschaft hat das letzte Wort noch nicht gesprochen. Im Gegenteil ist das Durcheinander der Ansichten so gross, dass die Wirtschaftssektion des Völkerbunds einen ihrer Mitarbeiter, Prof. Gottfried Haberler, beauftragte, in mehrjährigem Studium die in allerlei Einzelheiten vielfältig abweichenden Lehrmeinungen übersichtlich zusammenzustellen und nach ihren wesentlichen Gemeinsamkeiten systematisch zu klassifizieren. (Die Untersuchungen wurden letztes Jahr unter dem Titel: «Prospérité et dépression» vom Völkerbund herausgegeben.) Die verdienstvolle Schrift, die aber wohl etwas einseitig fast nur das angelsächsische Schrifttum berücksichtigt, beruft sich gelegentlich auf gewisse Untersuchungen der Brookings Institution, Washington, welcher neben zahlreichen andern Veröffentlichungen auch vier Bände über die Beziehungen des Volkswohlstandes und Volkseinkommens zum wirtschaftlichen Fortschritt zu verdanken sind. Aus diesen Untersuchungen wird im folgenden einiges mitgeteilt. Die Ergebnisse haben ihren Wert unabhängig von der Unterkonsumtionstheorie der Krisenerklärung und sind auch für ihre Gegner wertvoll.

Die Brookings Institution ist eine der manchen reich dotierten und gut organisierten, grosszügig arbeitenden gesellschaftswissenschaftlichen Forschungsstätten in den Vereinigten Staaten, wie deren auch bei uns so dringend nötig wären, aber leider fast ganz fehlen. Es lohnte sich sehr, sie nach Aufbau, Arbeitsweise wie Leistungen einmal der schweizerischen sozial interessierten Leserschaft, und nicht zuletzt unseren Finanzgewaltigen, darzustellen, die hieran wie an manchen andern wissenschaftlichen Stiftungen der amerikanischen Millionäre ein Beispiel eigenen Mäzenatentums nehmen möchten.

Häufig hat man behauptet, die Einkommen der breiten Volksmasse seien zu niedrig, als dass sie in ihrer Gesamtheit genügten, um all das zu kaufen, was die Industrie zu erzeugen imstande wäre; also sie liefere *nur unzureichende Kaufkraft für das potentielle*

Produktionsvolumen der Industrie. Und dies Missverhältnis sei die eigentliche Quelle bedeutender volkswirtschaftlicher Schwierigkeiten. Solche Folgerung scheint nicht unnatürlich angesichts der Tatsache, dass selbst in guten Zeiten manche Produktionsanlagen nur teilweise ausgenutzt werden können und manche Arbeitskräfte keine Beschäftigung finden. Während Krisenperioden aber liegen Produktionskapazität und menschliche Arbeitskraft in so wesentlichem Umfange brach, dass der Verbrauch erst recht zurückgeht und der berüchtigte «Mangel im Ueberfluss» herrscht.

Diese immer wieder bestätigte Erfahrung legt die Frage nahe: Wenn eine grössere Quote des jährlichen Volkseinkommens den Käufern von Konsumgütern irgendwie zugänglich gemacht würde, sollte es dann nicht den Industriellen rentieren, ihre Anlagen vollständiger auszunutzen? Wäre es dadurch nicht möglich, die Lebenshaltung der Massen zu heben und zugleich eine stetigere und schnellere Entwicklung der Wirtschaft herbeizuführen? Von hier ist offenbar nicht weit zu der Frage, ob die bestehende Einkommensverteilung unter die verschiedenen Volksschichten etwa den gedeihlichen Ablauf der Wirtschaft hindert? Von dieser Problematik gingen die vorliegenden Untersuchungen der Brookings Institution aus. Sie wurden in ihrer Richtung bestimmt durch die Frage: Haben wir versagt, einen allgemeinen hohen Lebensstandard aufzurichten (1) weil wir nicht imstande waren, die nötigen Güter und Dienstleistungen zu erzeugen oder (2) weil wir die Einkommensverteilung nicht so zu gestalten vermochten, dass die Produktionskapazität unserer Industrie ausgenutzt werden kann? Dabei wurden alle Spekulationen ausgeschaltet, wie etwa bessere Verhältnisse sich unter revolutionärem Umbau durch Sozialismus, Faschismus oder Kommunismus erreichen lassen. Man beschränkte sich auf das streng wissenschaftliche Studium der gegenwärtigen Zustände. Man ging aus von den natürlichen und volklichen, historischen Gegebenheiten des Landes und rechnete nur mit evolutionären Abänderungen des Bestehenden. Auf diesem Boden suchte man nach Möglichkeiten, jedem arbeitsfähigen und -willigen Bürger eine Lebenshaltung zu gewährleisten, die derjenigen der sogenannten «Mittelklasse» in den guten Zeiten vor dem Zusammenbruch von 1929 entspräche. Einzelheiten für später vorbehaltend, seien hier zunächst die schliesslichen Ergebnisse angedeutet, zu denen die mehrjährigen Untersuchungen durch einen ganzen Stab von Forschern führte. Wesentlichen Einfluss auf die Studien hatte Edwin G. Nourse, der Direktor für Wirtschaftsforschung an der Brookings Institution. Von ihm stammt auch die zusammenfassende Schlussbetrachtung.

Als Grundübel der bestehenden Wirtschaftsordnung erweist sich in der Tat die Einkommensverteilung. Im Durchschnitt 1922—1933 waren die amerikanischen Wirtschaftsunternehmungen nur zu zwei Dritteln ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt und selbst in

ausgesprochener Hochkonjunktur nur zu 80 Prozent. Es muss also der Abstand von 20 Prozent zwischen Kapazität und wirklicher Ausnutzung des Produktionsapparates ausgefüllt werden. Ja darüber hinaus sollte tunlichst sogar die Kapazität gesteigert, die Leistungsfähigkeit der Anlagen vergrössert werden. « Keine Produktionsvermehrung kann Schaden anrichten, wenn nicht unser Wirtschaftssystem darin versagt, die Erzeugung den wirklichen Verbrauchern (und nicht den Aufstaplern) restlos zuzuführen (soweit die Erträge nicht zum Ersatz und Ausbau der Produktionsanlagen nötig sind). » Die Untersuchungen haben jedoch ergeben, dass tatsächlich die Erzeugung noch nicht den vernünftigen Bedarf überschritten hat, sondern hinter ihm zurückbleibt. Die Technik ist natürlich imstande, künftig den Produktionsumfang noch viel mehr zu erweitern. Das gesellschaftliche Problem steckt darin: die wirtschaftlichen Voraussetzungen für solchen technischen Ausbau zu schaffen.

Im Rahmen dieser Problematik kündigt die Brookings Institution künftige Untersuchungen an über eine mögliche Politik der Besteuerung, welche statt der administrativen Brauchbarkeit vielmehr die wirtschaftliche Zuträglichkeit berücksichtigt. Von grosser Bedeutung ist die künftige Gestaltung der Löhne und Gehälter. *Sie sollte nicht nur betrachtet werden unter dem statischen Gedanken einer gerechten Verteilung des bereits vorhandenen Sozialproduktes; sondern man sollte die Arbeitseinkommen mehr dynamisch auffassen als Mittel, die verfügbaren Arbeitskräfte voll auszunutzen und so das zu verteilende Sozialprodukt zu vermehren.*

Weitaus an die erste Stelle aber setzt die Untersuchung eine energische Preispolitik, durch welche die Auswirkungen des technischen Fortschritts und der steigenden Produktivität nicht länger einer kleinen Schicht von Kapitalisten, sondern der gesamten Bevölkerung, allen Verbrauchern zugeführt werden. « Wir müssen suchen, durch Senkung der Preise den wirtschaftlichen Fortschritt zu beschleunigen. Massenproduktion ist wirtschaftlich auf die Dauer nur möglich bei Massenverbrauch. »

Aber können nicht die ausländischen Märkte unsere Produktionsüberschüsse aufnehmen? Hiegegen bringt Harold G. Moulton im gleichen vierten Bande einige geschichtliche Beispiele aus den letzten 150 Jahren zum Beleg der bekannten These, dass kein Land auf die Dauer mehr Güter ausführen kann als es einführt, auch nicht durch Einschaltung des internationalen Kredits. Die Erfahrung hat wiederholt gezeigt, dass freilich ein Land durch Gewährung von Darlehen ans Ausland einen Ausfuhrüberschuss für einige Zeit erzielen kann. Doch werden die Einnahmen aus den Zinsen schliesslich den Betrag der neuen Darlehen übersteigen und zu einem Einfuhrüberschuss führen. Nach den Napoleonischen Kriegen war Grossbritannien der beherrschende Gläubigerstaat der ganzen

„Eigentum des Vorstandes der SPD"

abendländischen Welt. Die Ausfuhr stieg beträchtlich. Doch bereits 1825 hatte die Einfuhr dieselbe Höhe erreicht. In dem Masse, als draussen immer mehr englisches Kapital investiert wurde, wuchsen auch die Zinsverpflichtungen des Auslands, und letzten Endes wurden sie mit zunehmender Wareneinfuhr nach England erfüllt. « Die Geldanlage im Ausland konnte das Problem der Ueberschussproduktion nicht dauernd lösen. Im Gegenteil vergrösserten sich die Ueberschüsse immer mehr, indem sich die Industrieanlagen immer mehr ausweiteten. » Aehnliche Erfahrungen machten später nacheinander Frankreich seit 1850, Deutschland nach 1871 und die Vereinigten Staaten im Gefolge des ersten Weltkriegs.

Dass die Förderung des Exports das Problem nicht lösen kann, leuchtet leicht ein, wenn man sich vorstellt, dass alle Völker gleichzeitig ihre Ausfuhr über ihre Einfuhr zu steigern versuchen wollten. Solange nicht Handelsbeziehungen zu anderen Planeten hergestellt werden können, ist es offenbar nicht möglich, durch Kredit oder mit andern Mitteln unsern Absatz über den Betrag dessen zu steigern, was die Völker der Erde in der Lage sind, zu k a u f e n. *Somit ist das Problem der Einkommensverteilung oder der Kaufkraftstärkung ein Weltproblem der wirtschaftlichen Gesundung* ... Diese Abhängigkeit von der Kaufkraft zu betonen, ist sehr verdienstlich gegenüber den öfter gehörten naiven Hinweisen auf den grossen Güterbedarf der vielen primitiv lebenden Völker. Es kommt für die bestehende Wirtschaft nicht darauf an, was die Massen objektiv nötig haben, sondern was sie zu kaufen imstande sind.

In welchem Ausmasse vermöchte nun aber eine im Rahmen der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung denkbare Aenderung der bestehenden Einkommensverteilung sich auf die Kaufkraft auszuwirken? Diese Frage versuchte der genannte H. G. Moulton zusammen mit Clark Warburtton im zweiten Bande der Schriftenreihe recht konkret zu beantworten, und zwar auf Grund umfassender Materialsammlungen über amerikanische Haushaltsrechnungen. Der mit manchen instruktiven Diagrammen ausgestattete Band («America's Capacity to Consume») enthält viele anregende Nachweise, von denen einige vielleicht in anderem Zusammenhange mitgeteilt werden können. Hier müssen wir uns mit folgenden Berechnungsbeispielen begnügen, die sich auf den Stand des Jahres 1929 (vor der grossen Wirtschaftsdepression) beziehen. Eine erste Schätzung (A) nimmt an, dass z. B. die 5,8 Millionen Familien mit niedrigsten Einkommen, unter tausend Dollars im Jahr, auf die Stufe der nächst höheren Einkommensklasse: von 1000 bis 1500 $ gehoben würden, was einer Einkommenssteigerung um durchschnittlich 75 Prozent gleichkäme. Aehnlich würden die gleichfalls 5,8 Millionen, die bisher zwischen 1000 und 1500 $ verdienten, in die nächste Stufe von 1500 bis 2000 $ hinaufrücken (Verbesserung um 60% im Mittel) usw. bis zu den 1,2 Millionen Familien mit 4000 bis 5000 $, die einer 20prozentigen Steigerung auf den Jahres-

durchschnitt von 5000 $ teilhaftig würden. Weiter ist angenommen, dass jede Schicht beim Aufstieg in die nächst höhere sich deren Verbrauchsgewohnheiten anpassen würde. Hiebei ergäbe sich alles in allem gerechnet ein jährlicher *Mehrverbrauch an Konsumgütern in Höhe von 15 Milliarden Dollar* für sämtliche Familienhaushaltungen der Vereinigten Staaten mit unter 5000 $ Jahreseinkommen. Der Betrag würde sich auf 19 Milliarden erhöhen bei entsprechender Besserstellung der Alleinstehenden...

Eine andere Rechnung (B) kommt fast auf den gleichen Betrag, nämlich 16 Milliarden Kaufkrafterhöhung. Sie will die 70 Prozent Familienhaushaltungen mit unter 2500 $ Jahreseinkommen auf den immer noch bescheidenen Stand von 2500 $ heben, hingegen alle grösseren Einkommen in ihrer bisherigen Höhe belassen. Dadurch würde die Kaufkraft der breiten Massen in den Vereinigten Staaten um etwa die 20 Prozent gesteigert, welche, wie wir sahen, den Abstand zwischen dem tatsächlichen und dem technisch möglichen (potentiellen) Produktionsumfange des Landes ausmachen.

Selbstverständlich sind sich die Gelehrten der Brookings Institution bei alledem durchaus bewusst, dass immer noch die etwas heikle Frage bleibt, w i e die hier angenommene Einkommenssteigerung sich praktisch verwirklichen lasse. Doch ist auch diese Frage nicht einfach mit einem süffisanten Lächeln über utopische Unmöglichkeiten abzutun. Sie könnte übrigens in anderem Zusammenhang für das kommende Europa von eminenter Bedeutung werden. Eine Befriedung unseres Kontinents ist offenbar nur möglich bei engerer Verknüpfung der heute noch zahlreichen nationalen Wirtschaftsgebiete. Ihr würden jedoch die alten und gewaltigen Unterschiede im Lebensstandard zwischen West und Südost, wie etwa zwischen der Schweiz und den zurückgebliebenen Balkanstaaten überaus grosse Schwierigkeiten entgegenstellen, indem die Länder niedriger Lebenshaltung und deshalb billiger Arbeitskräfte eine ruinöse Konkurrenz für Westeuropa liefern könnten, wenn es nicht gelänge, durch irgendwelche Massnahmen das Lohnniveau im Osten energisch zu heben. Entweder es geht dort wesentlich in die Höhe oder bei uns auf die Dauer bedenklich herab. Die splendid isolation unserer Preis- und Lohninsel ist endgültig bedroht. Das Verschweigen dieser Gefahr könnte verhängnisvoll werden.